

# **Verdi-Streik: U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse fahren nicht**

BERLIN – Seit 3.30 Uhr heute früh herrscht Chaos in der Hauptstadt. Grund: Die Gewerkschaft Verdi hat die 14.500 Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zum Streik aufgerufen. Mehrere Hunderttausend Berliner und Pendler aus Brandenburg sind davon betroffen.

Bestreikt werden U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse (wenige Ausnahmen gibt es bei Linien am Stadtrand). Nicht betroffen ist die S-Bahn, da die zur Deutschen Bahn gehört.

Der Streik ist befristet bis 12 Uhr heute Mittag, bis sich die Lage normalisiert hat, wird es vermutlich weitere Stunden dauern.

Die Berliner Unternehmerverbände warnen vor „ernormen Schäden bei Unternehmen“.

---

## **Immer weniger Abschiebungen**

BERLIN – 12.605 ausreisepflichtige Personen halten sich derzeit in Berlin auf, doch die Zahl der tatsächlich Abgeschobenen sind deutlich. Noch im Jahr 2017 wurden 1.638

Personen abgeschoben, vergangenes Jahr waren es nur noch 1.182. Bei 135 von ihnen handelte es sich um EU-Bürger, die hier schwere Straftaten begangen hatten. Die meisten Abschiebungen fanden 2018 nach Moldawien (304), Russland (70) und Albanien (67) statt.

---

## **Junger Mann erstochen: Polizei sucht Paar mit „grauem, kniehohen Hund“**

PRENZLAUER BERG – Nach einem Streit auf dem Parkplatz des Netto-Supermarktes an der Stahlheimer Straße ist am Samstagabend ein 19-Jähriger erstochen worden. Trotz Notoperation starb der junge Mann noch in der Nacht. Die Identität des Täters ist noch unbekannt. Der Messerstecher soll zwischen 20 und 25 Jahre alt sein, etwa 1,70 m groß und muskulös. Wangen rasiert und „Ziegenbart“, dunkel gekleidet. er sprach deutsch ohne Akzent und trug eine schwarze Basecap.

Der Täter habe sich in Begleitung einer Frau befunden, die eine blaue Jacke trug. Beide hätten zudem einen grauen, kniehohen Hund bei sich gehabt. Der Täter entfernte sich dann mit seiner Begleiterin und dem Hund über die Stahlheimer Straße in Richtung Wichertstraße.

---

# **Müller: Schönbohm war ein wichtiger Repräsentant konservativer Politik unseres Landes“**

BERLIN – Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), hat den jüngst verstorbenen früheren Staatssekretär und Innensenator Jörg Schönbohm (CDU, Foto), als einen Politiker gewürdigt, der in Berlin „bleibende Spuren hinterlassen“ habe. Schönbohm stamme aus einer Familie, in der politisches Engagement wichtiger Bestandteil des Lebens sei. Seine bedeutendste Leistung liege sicherlich in seinem Anteil an der Zusammenführung der Streitkräfte der beiden deutschen Staaten im Zuge des Einigungsprozesses.

Müller: „Seine Verbundenheit mit unserer Stadt und sein bleibendes Interesse an Berlin sind unstrittig. Jörg Schönbohm ist ein werteorientierter Demokrat reinsten Wassers, ein wichtiger Repräsentant konservativer Politik unseres Landes gewesen und eine politische Persönlichkeit, der es sich lohnte zuzuhören.“

---

# **Landesbischof Dröge: AfD ist als Partei nicht unser Gesprächspartner**

BERLIN – Markus Dröge, Berliner Landesbischof der evangelischen Kirche, lehnt Gespräche mit der

rechtskonservativen AfD ab „so lange die Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus nicht erfolgt ist“. Das sagte Dröge in einem Interview mit dem *Domradio*.

Dass es beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund keine AfD-Mitglieder oder -Politiker auf Podien geben wird, hält der Landesbischof allerdings „für sachlich problematisch“. Man müsse immer „den Einzelnen anschauen“. Ein prinzipieller Ausschluss der AfD nütze der Partei, „weil sie sich dann wieder als Opfer darstellen kann“.

Dröge verwies darauf, dass die EKD „bis vor ungefähr einem Jahr keine offiziellen Gespräche mit Vertretern der Linkspartei geführt“ habe. Grund sei, dass die SED-Nachfolgepartei „ihre Geschichte bezüglich des Umgangs mit Christen in der DDR noch nicht aufgearbeitet“ habe. Das habe man mehr als 25 Jahre durchgehalten: Gespräche mit Regierungsvertretern der Linken, aber nicht mit der Partei.

---

# **Nach dem Selbstmord einer Elfjährigen: Erschreckende Hilflosigkeit überall**

von **KLAUS KELLE**

REINICKENDORF – An einer Grundschule in Berlin hat vergangene Woche eine Elfjährige einen Selbstmordversuch unternommen. Das Kind starb später im Krankenhaus. Grund sollen vorher massive körperliche und verbale Mobbingattacken von Mitschülern gewesen sein.

Nachdem die Tragödie bekannt wurde, lief alles wieder wie gewohnt. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist „sehr betroffen“ und verspricht eine „genaue Untersuchung“ – so, als wäre das nicht das Mindeste, was man von ihm erwarten müsste. Bildungssenatorin Sandra Scheeres (auch SPD) nimmt „die Vorwürfe sehr ernst“ und will den Fall „umfassend aufarbeiten“. Ja, und weiter? Ich kann dieses Politiker-Gelaber aus dem Handbuch nicht mehr hören. Jeder weiß, dass es auch in Zukunft solche Fälle wieder geben wird. Mobbing gibt es nicht nur an den Schulen, sondern es ist in dieser zunehmend verrohenden Gesellschaft an der Tagesordnung. Aber da, wo es um unsere Kinder geht, die sich alleine nicht effektiv wehren können, ist es eben schlimmer. Da muss der Staat den Schwachen konsequent zur Seite stehen.

In Presseberichten zum Fall wird Daniel Richter (39), Mitglied des Elternbeirates, zitiert. Auch sein Kind sei an der Schule verprügelt worden. Die Schule habe wenig getan, um ihnen zu helfen. Wörtlich: „Es wurde kleingehalten und totgeschwiegen. **Auf der Schule sind Schläge an der Tagesordnung.**“

Die Schulleitung verweist darauf, dass es doch alle sechs Wochen eine Polizeisprechstunde gebe und ab dem Sommer ein Präventionsprojekt zum Thema Mobbing. Wie schön, nur hilft das dem armen Kind nicht, das lieber sterben wollte, als weiter auf diese Schule zu gehen. Die Direktorin versprach jetzt allen Ernstes, einen „Trauerraum“ einrichten zu wollen. Hilflloser Aktivismus in Zeiten des Kontrollverlustes auch an manchen Schulen der Hauptstadt.

Alle haben es gewusst, viele haben es selbst erlitten – energisch eingeschritten ist keiner. Keiner steht diesen Kindern in ihrer Not zur Seite. Aber der Senat lässt Broschüren an den Schulen verteilen, in denen die Eltern vor Kindern gewarnt werden, die höflich sind und Zöpfe tragen. Das könnten nämlich böse „rechte Eltern“ sein...

---

# Mann auf offener Straße erstochen

NEUKÖLLN – Sie waren in Streit geraten, dann zog einer ein Messer... Das 40-jährige Opfer starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Die Gewalttat ereignete sich gestern am späten Abend auf der Braunschweiger Straße. Der Schwerverletzte versuchte noch, sich in einen „Spätkauf“ zu retten, doch die Verletzungen am Oberkörper waren zu gravierend. Sanitäter versuchten, den Schwerverletzten wiederzubeleben – ohne Erfolg. Zum Täter macht die Polizei derzeit noch keine Angaben.

---

# AfD stellt Strafanzeige gegen Berliner SPD-Politiker

BERLIN – Was ist Meinungsäußerung, was ist Beleidigung? Mit dieser Frage wird sich jetzt ein Berliner Gericht beschäftigen müssen. Auf ihrer Klausurtagung in Warnemünde soll der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh (41, Foto) den folgenden Satz über die AfD gesagt haben:

*„Sie gehören wieder dorthin, wo sie herkommen, und zwar in ihre Rattenlöcher.“*

Die AfD reagierte sofort und stellte Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen Saleh.

---

## **AfD gegen „Denkverbote“ bei der Berliner Polizei**

BERLIN – Der Fraktionschef der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski (Foto), ist verärgert über die Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Ein gestandener Polizist braucht keine Belehrung von satten Gewerkschaftsbossen, was er politisch denken darf und was nicht. Jeder einzelne Beamte hat sich bewusst für diesen Beruf entschieden, weil er Deutschland, seine Gesellschaft und seine Werteordnung schützen will und dies auch feierlich beeidet.“

Die GdP stelle diesen Eid und damit die Glaubwürdigkeit und Gesetzestreue jedes einzelnen Polizisten mit ihrer Forderung nach individuellen Distanzierungen öffentlich in Frage. Nach Auffassung Pazderskis, verspielt sie damit das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder. Das sei einer Gewerkschaft unwürdig.

---

# Arbeitslosigkeit in Berlin sinkt auch 2019 weiter

BERLIN – Die Arbeitsagentur erwartet für das Jahr 2019 45.000 neue Jobs in Berlin. Bernd Becking, Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg sagte: „Die Arbeitslosigkeit wird weiter zurückgehen.“ Das gelte für fast alle Branchen, ausgenommen Banken, Versicherungen und Zeitarbeitsfirmen. Im vergangenen Monat waren in der Hauptstadt 147.000 Arbeitslose gemeldet – das sind 7,6 Prozent.